

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Döl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wihl. Bell Jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 247

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe (34 mm breit) 6 Reichspennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 40 Reichspennig. — Offertgebühren 10 Reichspennig und Porto. —

Halver

Freitag, den 21. Oktober

Erscheint wöchentlich 6 mal.
Gratisbeilagen: „Zeitgeschichte im Wochenbild“, „Des Landmanns Sonntagsblatt“, „Herd u. Scholle“, — „Für unsere Frauen“ und „Spiel und Sport“. —

1927

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Im Reichstage bestätigte der Abg. Kuntel (D. Vp.), daß die beiden völksparteilichen Minister im Reichskabinett sich ihre Stellung zum Reichsschulgesetz vorbehalten hätten.

* Eine neue Verordnung der preussischen Staatsregierung macht die Teilnahme von Behördenvertretern an öffentlichen Veranstaltungen von einer würdigen Hervorhebung der Reichsfarben abhängig.

* Am Donnerstag beginnen in Berlin Schlichtungsverhandlungen im Bergarbeiterstreik.

* Die Stärke der fremden Besatzung im Rheinland wird vorläufig noch immer 60 000 Mann bleiben.

Wahlrechtsreform?

Von einem Parlamentarier.

Solange irgendein Wahlrecht zu einer parlamentarischen Körperschaft besteht, mag es sein wie es will — es wird immer zahllose Wähler oder Mandatskandidaten geben, die über dieses Wahlrecht ausgiebig ihre Unzufriedenheit ausdrücken. Die Vorwürfe sind so mannigfaltig wie die verschiedenen Wahlsysteme, die es überhaupt gibt oder die denkbar sind. Und deren Zahl geht in die Duzende. Ist es doch auch wirklich ein überaus schwieriges Problem, namentlich in einer Demokratie, mit Hilfe irgendeines Wahlrechts der „Volksstimme“ Ausdruck zu verleihen, wobei noch — um nur eins zu berühren — z. B. bei unserem in Deutschland geltenden Reichstagswahlrecht sich diese „Volksstimme“ ganz gewaltig ändern kann, ohne daß sich dies etwa bei Nachwahlen irgendwie äußert.

Nun ist soeben vom Zentrum eine Interpellation an die Reichsregierung gerichtet und darin gefragt worden, ob sie bereit sei, noch in diesem Reichstage eine Änderung des Wahlrechts durchzuführen. Zuerst wird gegen das jetzt geltende Wahlrecht eingewendet: die Listenwahl verhindert eine wirkliche Mitwirkung der Wähler bei der Aufstellung der Kandidatenlisten, andererseits sind die jetzigen Wahlkreise viel zu groß, als daß die wünschenswerten engen Beziehungen zwischen Wähler und Abgeordneten besteht. Abgesehen davon, daß die Regierung bis auf lange Zeit hinaus mit allerdinglich Aufgaben belastet ist, die ja zum großen Teil dann auch parlamentarische Aufgaben werden, der Reichstag außerdem noch eine gewaltige Staatsberatung vor sich hat, ist gerade die Wahlrechtsreform eine der wichtigsten Dinge, die vor das Forum eines Parlaments kommen können. Persönliches, also Persönliches spielt dabei in weitestem Maße mit; dann kommen parteipolitische Erwägungen hinzu — freilich auch objektiv-nüchterne, die nicht so leicht beiseitegeschoben sind. Die Größe der Wahlkreise z. B. — die ließe sich ja leicht beseitigen; aber andererseits hemmt erfahrungsgemäß der große Wahlkreis die allzu weitgehende Stimmenzerpflüchterung. Und ebenso werden sich gegen eine stärkere Einflußnahme der Wählerschaft auf die Aufstellung der Kandidatenlisten, davon wissen alle Parteien von rechts bis links mancher Liebling zu finden. So ganz und gar ausgeschaltet, wie das vielfach behauptet wird, ist ja der Wähler bei der Listenaufstellung durchaus nicht, wenn er nämlich organisierter Wähler ist. Dann aber macht er seinen Einfluß eben in der und durch die Organisation geltend. Man mag das Überwuchern des organisatorischen Gedankens auch im politischen Leben beklagen, besonders in Deutschland, aber man kann sich nicht mehr dagegen stemmen, weil gerade in einer Demokratie, wo die Stimmengleichheit, also die Masse entscheidet, stärkste Wirkungen auch nur von zusammengefaßten, durch einheitliches Wollen zusammengeführten Massen ausgeübt werden können.

So ist eine Wahlrechtsreform nicht bloß eine kitzlige Sache für jedes Parlament, sondern es ist ein Problem, angefüllt mit zahllosen Streitfragen und Meinungsverschiedenheiten.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Altersgrenze der Strafmündigkeit.

Der Strafrechtsausschuß des Reichstages lehnte alle Anträge auf Hinaussetzung der Altersgrenze der Strafmündigkeit vom 14. auf das 16. Lebensjahr oder auf Einführung einer besonderen Altersstufe der Strafverantwortlichkeit zwischen 18 und 20 Jahren ab. Die erste Lesung des Strafrechtsausschusses läßt also die Festsetzungen der Regierungsvorlage für das neue Strafgesetzbuch bestehen.

Mafnahmen in Sachen gegen Preissteigerungen.

Das sächsische Wirtschaftsministerium hat an die maßgebenden amtlichen und freien Berufsvertretungen eine Verordnung erlassen, in der darauf aufmerksam gemacht wird, daß die bevorstehende Aufbesserung der Beamtensoldat keine berechtigten Grund zu Preissteigerungen biete, denn sie erfolge im Reich und in den Ländern ohne neue Belastung der Wirtschaft aus den Erträgen der bestehenden Steuern. Das Wirtschaftsministerium empfiehlt deshalb den beruflichen Vertretungen der Industrie, des Handels und des Gewerbes dringend, auch ihrerseits dahin zu wirken, daß unbegründete Preissteigerungen unterbleiben.

Reichstagsdebatte über das Schulgesetz

Wichtige völksparteiliche Erklärung.

Der zweite Tag der Auseinandersetzungen über die Schulgesetzvorlage der Reichsregierung brachte eine Erklärung des völksparteilichen Abgeordneten Kuntel, die bestätigte, daß im Reichskabinett tatsächlich die beiden völksparteilichen Minister Dr. Stresemann und Dr. Curtius sich ihre Stellung zu einzelnen Punkten der Vorlage vorbehalten hätten, ebenso ihre endgültige Stellungnahme bei der Verabschiedung des Gesetzes. Die Deutsche Volkspartei erkennt den Entwurf als brauchbare Grundlage zu Verhandlungen an, bleibt aber frei in ihren Entschlüssen zu etwaigen Abänderungen.

Am Dienstag hatte schon ein demokratischer Redner diese nun offiziell bekräftigte Sachlage angedeutet.

Sitzungsbericht.

(340. Sitzung.)

OB. Berlin, 19. Oktober

Nach Abbruch der Schuldebatte nahm der Reichstag Dienstag noch in allen drei Lesungen den Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich über Grenzregulierungen, das Luftverkehrsabkommen zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Italien, das Abkommen und das Statut über die internationale Rechtsordnung der Eisenbahnen und das Luftverkehrsabkommen zwischen dem Deutschen Reich und Großbritannien an. Ferner wurde die erste Lesung des Abkommens zwischen Deutschland und Polen über die Verwaltung der der Grenze bildenden Strecke der Warthe und den Verkehr auf dieser Strecke erledigt.

Der Reichstag setzte heute die erste Lesung des Reichsschulgesetzes fort.

Abg. Kuntel (D. Vp.) betonte zunächst, ehe er auf den Gesetzentwurf selbst eingehe, müsse er im Anschluß an die gestrigen Ausführungen des Reichsinnenministers v. Reudel im Namen seiner politischen Freunde eine Erklärung abgeben.

Die Stellung der Volkspartei.

Abg. Kuntel stellte fest, daß die völksparteilichen Minister im Reichskabinett ausdrücklich bezüglich einiger Punkte ihre Stellung sich vorbehalten und diesen Vorbehalt mit Einverständnis der übrigen Minister in der Öffentlichkeit bekanntgemacht hätten. Darüber hinaus hätten die beiden völksparteilichen Minister die Stellung ihrer Fraktion bezüglich des ganzen Gesetzentwurfes ausdrücklich vorbehalten. Die Fraktion erkenne den Gesetzentwurf als brauchbare Grundlage für Verhandlungen an, sei aber in der Stellung von Abänderungsanträgen und somit in ihrer Stellungnahme zur endgültigen Verabschiedung des Entwurfes völlig frei.

Die Fraktion der Volkspartei sei grundsätzlich damit einverstanden, daß der Volksschule die verfassungsmäßige Stellung gegeben werde. Es dürfte kaum einem Widerspruch begegnen, so erklärte der Redner weiter, daß die für alle gemeinsame Volksschule nach der Verfassung die Volksschule ist und daß diese Volksschule der alten Simultanschule gleich sei und eine Vorzugsstellung haben solle. Sie soll also die Regelschule sein. Theoretisch wird in dem Entwurf diese Vorzugsstellung anerkannt, die praktische Ausführung macht diese Anerkennung jedoch wieder zunichte. In diesem Falle würde der Vorwurf der

Verfassungswidrigkeit

eine nicht zu verkennende Berechtigung haben. Die Deutsche Volkspartei fordere daher, daß alle Schulen, die jetzt Volksschulen seien, auch solche bleiben, und daß alle neuerrichteten Schulen, wenn kein rechtsgültiges Antragsverfahren auf Einrichtung einer Volksschule vorliegt, ohne weiteres ebenfalls Volksschulen sind. Der Zeitpunkt, eine deutsche nationale Volksschule auf christlich-religiöser Grundlage zu schaffen, sei zweifellos verpakt. Das Schulkompromiß der Koalitionsparteien habe dies endgültig verbaut. Der Redner fordert weiter den christlichen Charakter der Volksschule, so wie er in der alten Simultanschule festgelegt sei. Die Deutsche Volkspartei beantragt die Beibehaltung des bisherigen Rechtszustandes in den Ländern, in denen die Simultanschule allgemein anerkannt besteht. Das gelte auch für einzelne Gebiete der Länder, in denen die Simultanschule geschäftlich sei. Der Redner lehnte weiter eine Auslegung ab, wonach jede Schulform ein geordneter Schulbetrieb sei.

Die Schaffung von Zwergschulen

würde die Zerrückung der Schule und einen dauernden Schulkampf auch in den kleinsten Orten zur Folge haben. Zum Schluß betonte der Redner, daß für seine Partei auch der Weg des Entwurfes in der Frage der Einführung in den

Religionsunterricht nicht gangbar sei. Eine Wiederkehr der geistlichen Schulaufsicht müsse vermieden werden, nicht aus Abneigung gegen die Kirche, sondern um der Kirche willen.

Abg. Frau Bäumer (Dem.) meint, es bestünde gar kein Zweifel darüber, daß der vorliegende Entwurf verfassungswidrig sei. Auch das Reichsgericht hätte in zwei Entscheidungen ganz unzweideutig ausgesprochen, daß die Gemeinschaftsschule als Regel zu betrachten sei. Wenn die demokratische Fraktion der Ausschußüberweisung zustimme, dann tue sie das nur aus Rücksicht auf die Gepflogenheiten des Hauses. Sie halte den Entwurf für denkbar ungeeignet, um daraus ein Gesetz zur Ausführung der Verfassungsbestimmungen zu schaffen. Die demokratische Partei werde sich nachdrücklich dafür einsetzen, daß in allen Ländern, in denen die Schulentwicklung die Simultanschule in irgendeiner Form verwirklicht habe, diese Simultanschule vor der Zerstörung durch das Gesetz geschützt werde. Auch die demokratische Partei respektiere elterliche Verantwortung für die weltanschauliche Erziehung des eigenen Kindes. Das Gesetz gebe aber der Elternschaft das Recht, durch Mehrheitsabstimmung auch über die Kinder anderer zu entscheiden. Die Rednerin behandelte weiter die Wirkung des Gesetzes auf die Stellung des Lehrers. Wenn die Schule Kampfbühne der Parteien werde, so werde es praktisch auch der Lehrer, der unter die unerträgliche Gefühlskontrolle einer kulturpolitisch fanatisierten Elternschaft komme. Der Entwurf, erklärte die Rednerin zum Schluß, greife gegenüber dem deutschen Volke, wie es heute ist, zurück auf Form und Ordnung der Vergangenheit.

Abg. Frau Jettin (Komm.) erklärte, die Tendenz des vorliegenden Gesetzentwurfes zielt auf die Förderung des neudeutschen kapitalistischen Imperialismus ab. Verlangt werden müsse eine Jugendberziehung zur revolutionären internationalen Solidarität der Proletarier aller Länder. Von den Kommunisten werde die Streichung der Bestimmungen über den Religionsunterricht in der Verfassung beantragt werden, so daß in dieser nur die Einheitlichkeit und Weltlichkeit der Schule festgelegt ist.

Stellung der Wirtschaftlichen Vereinigung.

Abg. Dr. Bredt (Wirtsch. Vgg.) ging auf die Entstehungsgeschichte der Vorlage ein und zog aus den bisher gehaltenen Reden den Schluß, daß in der Schulfrage allgemeine Verwirrung unter den Parteien herrsche und eine klare Linie nicht zu erkennen sei. Das Kompromiß der Schulbestimmungen in der Weimarer Verfassung sei deshalb eine so glückliche Fügung, weil sie jeden staatlichen Zwang in kulturellen Fragen ausschloß. Die christliche Erziehung werde sich schon selbst durchsetzen, auch ohne staatlichen Zwang, nur sei unbedingt erforderlich, daß durch ein Schulgesetz allen Staatsbürgern die Möglichkeit einer christlichen Erziehung ihrer Kinder gewährleistet werde. Ein Abbau der Simultanschulen würde vom Abbel sein, denn hier handle es sich um christliche Schulen. Der Redner erklärte zum Schluß, daß seine Fraktion mit der Tendenz des Entwurfes einverstanden sei.

Abg. Frau Lang-Brummann (Waver. Vp.) bezeichnete den Entwurf als eine geeignete Grundlage für weitere Verhandlungen. Er hätte freilich einfacher gestaltet und auf fünf Paragraphen beschränkt werden können, in denen gesagt wird, daß die bestehenden Schulformen rechtlich gesichert werden, daß durch Bestimmungen der Erziehungsberechtigten die Schulform geändert werden kann und daß alle näheren Bestimmungen der Landesgesetzgebung überlassen bleiben. Der gegen den vorliegenden Entwurf, so meinte die Rednerin schließlich, anführe, daß er das Schulrecht des Staates an die Eltern abtritt, der vergißt, daß das Recht der Eltern auf Erziehung der Kinder dem Rechte des Staates und der Gemeinden vorangehen müsse.

Abg. Scholten (Linker Komm.) erklärte, es seien lediglich Gieranzreden zum Schulgesetz gehalten worden; bei einigen Reden habe man den Eindruck gewinnen müssen, als ob es sich um einen Zeitvertreib handle.

Abg. Dietrich-Franken (Nat.-Soz.) hielt den Entwurf für geeignet, die gesunde Entwicklung der deutschen Volksschule zu hemmen. Er bringe in verkleinelter Form eine Wiedereinführung der geistlichen Schulaufsicht. Ohne wesentliche Änderung sei die Vorlage für die Nationalsozialisten unannehmbar.

Abg. v. Graefe (Bölk.) erklärte, seine Freunde würden ihre Entscheidung davon abhängig machen, wie weit durch das Gesetz der Einfluß der christlichen Elternschaft gekürzt werde.

Abg. Dr. Löwenstein (Soz.) trat für die weltliche Schule ein, die er für das Ideal der Sozialdemokratie erklärte. Die Wertentwicklung des Schulwesens sei eben die notwendige Konsequenz der geschichtlichen Entwicklung in Reich, Ländern und Gemeinden. Der vorliegende Entwurf begünstige einseitig die Volksschule und gebe dem Elternrecht eine Auslegung, die sich durch die Verfassung nicht rechtfertigen lasse. Für die Mitwirkung der Eltern am Ausbau der Schule seien auch die Anhänger der weltlichen Schule.

Italien.

X Zwangsversicherung gegen Tuberkulose. Der Ministerrat Italiens beschloß, die obligatorische Versicherung gegen die Tuberkulose einzuführen. Es wird beabsichtigt, etwa 20 Millionen Personen zu versichern unter Bereitstellung von 18 000 Plätzen in Sanatorien und 2000 Plätzen in Erholungsheimen. An Tuberkulose erkrankte Familienernährer sollen für die Dauer ihres Aufenthalts in Sanatorien eine Unterstützung erhalten. Die hierfür erforderlichen Gelder sollen durch eine Abgabe der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die alle vierzehn Tage von beiden Teilen in gleicher Höhe erhoben werden soll, aufgebracht werden.

Aus Zn- und Ausland.

Dresden. Der sächsische Landesbischof Dr. D. Schmied ist einstimmig zum Senator der Deutschen Akademie gewählt worden.

Basel. Das schweizerische Finanzdepartement hat den für die Kartoffeleinfuhr vor einiger Zeit erlassenen Aufschlag von 1,50 Franken für den Doppelzentner wieder aufgehoben, so daß jetzt nur der normale Einfuhrzoll von 2 Franken pro Doppelzentner in Kraft ist.

Oslo. Das wahrscheinliche Ergebnis der Stortingwahlen ist: Konservative und Liberale 33 Sitze (Vorjahr 21 Sitze), Bauernpartei 25 Sitze (Gewinn 3 Sitze), Radikale 32 Sitze

Mäntel

die man jetzt trägt

Preise

die jeder billig findet



Mantel

aus gutem Ottoman,
in schwarz und farbig
26.50



Mantel

aus gutem Ottoman,
in modernen Farben
u. reicher imit. Pelz-Garnierung
44.00

Enorme Auswahl
in allen Farben, Formen und Stoffen.

Spezialität:
Frauen-Mäntel,
auch für sehr starke Damen in richtiger Paßform.
Kinder-Mäntel,
in größter Auswahl.

Aufmerksame Bedienung. Bekannte Fahrtvergütung.

Strauß & Schiff Nachf.
Lüdenscheld.

Danksagung.

Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden unserer lieben Entschlafenen sagen wir hierdurch allen unsern herzlichsten Dank.

Ehme Engelmann
u. Kinder.

Wasserfuhr, den 19. Oktober 1927.

Landwirtschaftliche Schule zu Brügge i. Westf.

Der Unterricht beginnt Donnerstag, d.
3. November d. Js. nachmittags 13 $\frac{1}{2}$ (1 $\frac{1}{2}$)
Uhr. Anmeldungen nimmt entgegen und Auskunft
erteilt

Direktor Wellershaus.

Kaffee- Hag

neu eingetroffen.
Aug. Vollmerhaus,
Kierspe-Bhf.

Empfehle zur Herbstdüngung

Thomasmehl
Kainit
Kalifalz 40%
Ammoniak-Superphosphat 9x9
Amm.-Superph. 7x9
" 5x10
" Knochenmehl
Schwefel-Ammoniak
Düngerfalk usw.
E. Zimmermann,
Obl.-Rönfahl
Telefon 11 Amt Rönfahl

Betten

reinigt

Robert Stern,
Lüdenscheld.

Modernes, hochher- schäftliches, edelweiches Schlafzimmer

vollständig ungebraucht
mit 2 m Schrank (Innen-
spiegel), mit ital. Marmor,
kompl., umständehalber
sofort für 700 Mk.
abzugeben.
Schriftl. Angeb. unter
B. 150 an den Allg.
Anz. Halver.

Herde, Defen u. Waschmaschinen

G. Dehn, Halver
Hagenerstraße.

Für Wirte

empfehle:

Biergläser,
Pilsener Henkel-
seidel ($\frac{5}{16}$ Liter)
Walzenseidel,
Harzer Pokale,
Likörgläser,
Weingläser,
Gläserbürsten
u. s. w.

Wilh. Bell jr.
Halver.

Erhalte Donnerstag
tragende



Rob. Hüffer,
Schalksmühle.
Tel. 227.

Weiß- u. Baumwoll- waren

Die besten
Qualitätserzeugnisse
ausserordentlich
preiswert.



haben wir
auf besonderen Tischen
ausgelegt

Alsberg

LÜDENSCHELD

Lichtspiele Carlshöhe

Samstag d. 22. Okt. 8 Uhr
Sonntag d. 23. Okt. ab 4 $\frac{1}{2}$ Uhr



Spitzen

Der Eid des Fürsten Ulrich.
Eine Kriminalaffäre in 8 Akten
nach dem berühmten Roman von
Paul Lindau.

Gigolo der Tänzer für Geld

7 Akte. In der Hauptrolle:
Rod la Rocque, Louise Dresser,
Jobina Ralston.

Böser - Buben - Ball

Lustspiel in 2 Akten
mit Nulpe, Stulpe, Stülpe
das liederliche Kleeblatt.
Kinder keinen Zutritt!

Ihre Tapete hässlich ist

Sie ist verblichen und schadhaf, weil sie schon viel zu lange an
der Wand hängt. Inflation und Geldknappheit ließen das Neu-
tapezieren nicht zu.
Sie können aber
heute wieder die
Rolle



von 15 Pfg.

an eine neue
Tapete

kaufen und Ihr Heim
erneuern. Sie brin-
gen Freude und neue
Gemütlichkeit damit
in die Räume.
Besichtigen Sie ohne
Kaufzwang mein
großes Lager.

Tapetenhaus „Hansa“

Inh. Max Müller,
Lüdenscheld i. Westf., Knapperstraße
3 Minuten vom Bahnhof.

Auswärtige Käufer erhalten Fahrtenentschä-
digung bis zu 10 % des Kaufbetrages.

Geschäfts-Bücher, Kontorbedarfsartikel

empfiehlt

Wilhelm Bell jr.,
Halver, Schreibwarenhandlung.

Turnverein Grünbaum

Samstag, d. 22. d. Mts.
abends 8 Uhr

Gemütliche Zusammenkunft

Unsere Ehren- und passiven Mitglieder
sind hierzu freundlichst eingeladen.
Der Vorstand.

Milchverfandscheine

mit und ohne Namensaufdruck
liefert schnell und billig
die Geschäftsstelle dieser Zeitung.